

Forderungen des Bündnis Nachhaltigkeit Sachsen-Anhalt an die Landespolitik

Das Bündnis Nachhaltigkeit Sachsen-Anhalt (BÜNSA) verfolgt das Ziel einer sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft und möchte zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 in Sachsen-Anhalt mit dem Ziel der Energiewende, der Mobilitätswende, der Ernährungs- und Ressourcenwende sowie dem Erhalt der Biodiversität beitragen. Das Bündnis ist ein Zusammenschluss von gegenwärtig 26 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Bereichen Nachhaltigkeit, Entwicklungspolitik, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Lokale Agenda, Umwelt, Kirche, Klimaschutz und Energie sowie 7 beratenden Mitgliedern. Das BÜNSA begrüßt die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie 2018. Anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl fordern wir die Parteien Sachsen-Anhalts auf, die Transformationsfelder entschlossen anzugehen und sich für eine hohe Verbindlichkeit und Weiterentwicklung der Landesnachhaltigkeitsstrategie Sachsen-Anhalts sowie der entwicklungspolitischen Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen und die Strategie zu einem Steuerungsinstrument für staatliches Handeln zu machen. Hierzu gehören die Benennung konkreter Ziele mit zeitlicher Vorgabe und ein regelmäßiges Monitoring. Eine Orientierung ist hier die von der Bundesregierung am 10. März 2021 beschlossene umfassende Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die erstmals sechs Transformationsbereiche¹ ausweist. Mit dieser wird anerkannt, dass in zentralen Politikfeldern ein Nachsteuern nicht ausreicht, sondern eine grundlegende Transformation einzuleiten ist.²

Insbesondere fordern wir:

1. Teilziele zu allen SDGs für das Land Sachsen-Anhalt zu formulieren und Fortschritte anhand von Indikatoren regelmäßig zu überprüfen.

Bisherige Produktionsweisen, Konsummuster und Lebensstile haben weltweit zu gravierenden ökologischen und sozialen Schäden und daraus resultierenden Krisen geführt, die COVID-19-Pandemie verstärkt die Krisensituation zusätzlich – weltweit über alle Ebenen politischen und gesellschaftlichen Lebens. In zentralen Politikfeldern ist ein grundlegendes Umsteuern hin zu einer resilienten Gesellschaft notwendig. Die 17 Ziele erfordern das Zusammenwirken aller staatlichen Ebenen sowie der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Zudem muss Nachhaltigkeitspolitik auf allen Ebenen – national, regional und lokal – miteinander verschränkt werden. In der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes sind für eine Reihe von SDGs noch keine Teilziele formuliert:

- **SDG 4 – Hochwertige Bildung** – Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern.
- **SDG 7 – Bezahlbare und saubere Energie** – Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern.

¹ Transformationsbereiche: 1) Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit, 2) Energiewende und Klimaschutz, 3) Kreislaufwirtschaft, 4) Nachhaltiges Bauen und Verkehrswende, 5) nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme, 6) schadstofffreie Umwelt.

² Siehe Pressemitteilung des RNE (Rat für nachhaltige Entwicklung) vom 10.3.2021

- **SDG 9 – nachhaltige Industrie, Innovation und Infrastruktur** – Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.
- **SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz** – Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.
- **SDG 14 – Leben unter Wasser** – Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen.
- **SDG 17 – Partnerschaften zur Erreichung der Ziele** – Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen.

Eine konsequente Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Sachsen-Anhalts erfordert ein Monitoring der erzielten Fortschritte sowie ein zielgerichtetes Nachsteuern, wenn Ziele verfehlt oder durch die Entwicklung überholt werden. Dafür müssen zu allen Teilzielen geeignete Indikatoren ergänzt oder noch entwickelt werden.



2. Armutsreduzierung und sozialer Wohnungsbau.

Die Armutsgefährdungsquote ist mit 19,5 Prozent in Sachsen-Anhalt im Bundesländervergleich am zweithöchsten. Bezogen auf das Mittlere Einkommen in Sachsen-Anhalt liegt der Wert im Jahr 2019 bei 14,8 Prozent.³ Überdurchschnittlich stark armutsgefährdet sind vor allem Kinder und Jugendliche unter 25 Jahren, Alleinerziehende, Haushalte mit drei und mehr Kindern, Erwerbslose, Menschen mit geringem Qualifikationsniveau, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Beeinträchtigungen. Kinderarmut ist in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr hoch. Insbesondere verschuldete Kommunen sind nicht in der Lage adäquat auf die Problemlagen überdurchschnittlich stark armutsgefährdeter Bevölkerungsgruppen zu reagieren. Die Problemlagen sind vielfältig. Es mangelt an kontinuierlichen Sprachförderangeboten, an Beratungsstellen, an offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen, die zudem unterfinanziert sind.

Wir fordern, dass das Land umfangreiche Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Armutsgefährdungsquote ergreift: Umfangreiche **Unterstützungsangebote** müssen erweitert und der **soziale Wohnungsbau** muss ausgebaut werden. Insbesondere verschuldete Kommunen müssen bei Maßnahmen gegen fortschreitende soziale Segregation unterstützt werden. Prekäre und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse müssen abgeschafft und **existenzsichernde Löhne** durchgesetzt werden.

³ Mikrozensus, Statistisches Bundesamt: <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/158610/armut-nach-bundeslaendern.de>, zuletzt aufgerufen am 25.2.2021



3. Agrar- und Ernährungswende

Gut 40% aller Treibhausgasemissionen werden direkt oder indirekt durch unsere Agrar- und Lebensmittelproduktion, deren Verarbeitung, Transport, Verbrauch und Entsorgung verursacht. Landwirtschaft ist die Erwerbs- und Existenzgrundlage von über einem Drittel der Menschheit, Ernährung insgesamt der wichtigste Wirtschaftszweig.

Der Wandel zu einer ökologisch und sozial verträglichen Land- und Ernährungswirtschaft ist deshalb dringend geboten. Ökologischer Anbau und regionale Vermarktung sind wichtige Pfeiler für eine Lebensmittelproduktion, die das Klima schont, Biodiversität und Ressourcen schützt sowie Armut und Hunger bekämpft.

Die exportorientierte Landwirtschaft, die mittels der Agrarpolitik Anreize auf ein „Fit für den Weltmarkt“ setzt, gefährdet nicht nur bäuerliche Landwirtschaftsbetriebe mit ihrer regionalen Ausrichtung, sondern auch die kleinbäuerlichen Strukturen in Afrika, Asien u. Lateinamerika. Unser Importbedarf zur Aufrechterhaltung unseres Überkonsums macht immer mehr Agrarflächen zur dortigen Lebensmittelproduktion streitig und greift tief in die ökologischen Systeme vor Ort ein – z.B. durch Abholzung von Regenwäldern zum Sojaanbau.

Der Ausbau einer immer intensiveren landwirtschaftlichen Produktion reduziert die Biodiversität, wirkt sich auf die Qualität von Böden, Luft und Wasser aus, drängt Betriebe ins Größenwachstum und verdrängt vornehmlich kleinere Betriebsstrukturen.

Diese Form der Landwirtschaft schädigt Umwelt und Klima und gefährdet die Lebensgrundlagen bäuerlicher Strukturen weltweit. Die jüngsten Bauernproteste in Deutschland zeigen, wie weit die Landwirtschaftspolitik hierzulande auch ökonomisch von Nachhaltigkeit entfernt ist.

Landwirtschaft hängt unmittelbar mit dem Ernährungssystem zusammen. Angesichts von 820 Millionen Hungernden (chronisch unterernährt), 2 Milliarden von Ernährungsunsicherheit bedrohten Menschen sowie 2 Milliarden übergewichtiger Erwachsener, „müssen die negativen Auswirkungen der Ernährungssysteme auf das Klima und die Umwelt reduziert werden, indem in der gesamten Wertschöpfungskette Verbesserungen erreicht, Lebensmittelverluste minimiert und insbesondere in den wohlhabenden Ländern die Ernährung mit Lebensmitteln aus der Tierhaltung verringert werden⁴“.

Eine nachhaltige Landwirtschaft und ein an sie angeschlossenes nachhaltiges Ernährungssystem müssen ausreichende und gesunde Ernährung für alle Menschen zum Ziel haben. Ein nachhaltig ausgerichtetes Ernährungssystem muss Resilienz anstreben und sich den Grundsätzen von Ernährungssouveränität, dem Recht auf Nahrung und dem Erhalt der ökologischen Lebensgrundlagen verpflichten.

⁴ „Konsequente Weichenstellung für ein nachhaltiges Ernährungssystem tut Not“, Stellungnahme des RNE, 30.4.2020

Wir fordern deshalb:

Die **Weltmarktorientierung und die Agrarexporte** zu reduzieren, die **bäuerliche Erzeugung sowie regionale Märkte** zu unterstützen und **agrärökologische Ansätze** in der Entwicklungszusammenarbeit auszubauen. **Regionale Verarbeitungsstrukturen** müssen geschützt bzw. aufgebaut und **Bauernhöfe statt Agrarfabriken** gefördert werden. Die **öffentliche Beschaffung** aus regionaler und ökologischer Landwirtschaft muss dringend gesteigert werden. **Ökologische und soziale Kosten** von Produkten müssen sichtbar gemacht und die **Überschussproduktion durch eine Marktregulierung** beendet werden. Wir fordern eine **artgerechte Tierhaltung**, in der das Tierschutzgesetz ausnahmslos umgesetzt wird. Die Anzahl der Tiere muss an die Fläche gebunden und der **Einsatz von Antibiotika** muss drastisch reduziert werden. Es müssen Anreize geschaffen werden für eine artgerechte Tierhaltung, für eine umweltschonende Bewirtschaftung und eine Minimierung des Fleischkonsums. **Überdüngung** von Flächen und der **Einsatz von Pestiziden** muss massiv reduziert werden. Der Stickstoffüberschuss aus der Landwirtschaft trägt zu einem erheblichen Umfang zur Belastung der Umwelt bei. Wir fordern deshalb verbindliche und überprüfbare Maßnahmen statt der durch das Land angeregten freiwilligen Maßnahmen, um **Stickstoffemissionen** zu verringern⁵.

Zur Erhaltung der Bodenqualität könnte die Einführung eines geeigneten Indikators zielführend sein. Ebenso sollte für die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung ein Indikator eingeführt werden.

Um den entstehenden **Müll**⁶ zu reduzieren fordern wir, dass es in Sachsen-Anhalt die Verpflichtung von Supermärkten mit einer Ladenfläche von mehr als 400 Quadratmetern gibt, **unverkaufte Lebensmittel** an örtliche Tafeln oder andere gemeinnützige Organisationen zu spenden⁷. Entsprechende Ziele und unterstützende Maßnahmen müssen in der Nachhaltigkeitsstrategie ergänzt und entwickelt werden.



4. Gesundheitsförderung.

In Sachsen-Anhalt sind bewegungsbezogene Verhaltensindikatoren und bewegungs- und ernährungsbedingte Risikofaktoren – wie Übergewicht, Bluthochdruck und Diabetes Typ 2 – und Herz-Kreislauferkrankungen deutlich gegenüber dem Bundesdurchschnitt erhöht. Auch Raucherquoten sind in Sachsen-Anhalt höher als im Bundesdurchschnitt. Sowohl bei Kindern und Jugendlichen als auch bei Erwachsenen ist ein höherer Anteil der Bevölkerung übergewichtig oder adipös. Die bedarfsgerechte haus- und fachärztliche Versorgung wird in Sachsen-Anhalt weit unterschritten. Auf Grund des Erreichens des Rentenalters werden in naher Zukunft sehr viele Ärztinnen und Ärzte aus der Versorgung ausscheiden.⁸ Wir fordern **effektive Maßnahmen zur**

⁵ Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt (2018), S. 58.

⁶ In der EU ist Deutschland mit einem Wert von 609 kg pro Person Müllentstehung an viertschlechtester Stelle. Abrufbar bei: [eurostat](https://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&code=sdg_12_2_1).

⁷ Angelehnt an die Gesetzte aus Frankreich. Gültig seit 2016.

⁸ Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt (2018), S. 63.

Gesundheitsförderung und entsprechende Indikatoren für das Nachhaltigkeitsmonitoring, um die Entwicklung der haus- und fachärztlichen Versorgung v.a. in strukturschwachen ländlichen Regionen bewerten zu können. Die Schaffung weiterer Anreize, damit sich Ärzte in Sachsen-Anhalt niederlassen. Prüfen von Maßnahmen, die die Übernahme von Arztpraxen erleichtern, ob Kassensitze geteilt und Studierende an Praxen vermittelt werden können.



5. Hochwertige Bildung und gerechte Bildungschancen.

In der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes werden nicht explizit Ziele und Indikatoren für dieses SDG benannt, lediglich in dem Handlungsfeld BNE finden sich übergeordnete Ziele. Wir fordern mindestens die **Indikatoren des SDG-Portals⁹ für Kommunen** für das Land Sachsen-Anhalt aufzunehmen: Die einwohnergewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Grundschule in Metern, Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in %, unter 3-Jährige in Tageseinrichtungen in %, Integrative Kindertageseinrichtungen in %. Neben Indikatoren, welche den Zugang bzw. die Teilhabe an Bildung widerspiegeln, empfehlen wir die Entwicklung weiterer Indikatoren, um auch die Qualität der Bildung und des lebenslangen Lernens darstellen zu können.

Schulsozialarbeit wird an vielen Stellen als Luxus angesehen, dabei ist diese eine notwendige pädagogische Ergänzung, welche Kinder und deren Elternhäuser stärken und Lehrer*innen langfristig entlasten. Dies ist auch im Hinblick auf die demographischen Entwicklungen und den drohenden Lehrermangel geboten. Wir fordern Maßnahmen die **Schulsozialarbeit und Sprachförderung** in allen Altersklassen zu erhalten und zu stärken sowie ein zusätzliches Mentoring-Programm für Schüler*innen mit Migrationshintergrund aufzubauen, um die Schulabbrecherquoten von Schüler*innen mit Migrationshintergrund drastisch zu reduzieren.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen vor denen wir in einer gemeinsamen Welt stehen – Klimakrise, soziale Ungleichheit und extreme Armut, Hunger, dramatischer Rückgang der Artenvielfalt, gewaltsame Konflikte – ist die Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im gesamten Bildungsspektrum dringend notwendig.

Bildung für nachhaltige Entwicklung richtet sich an Menschen aller Altersgruppen, denn gebildet wird ein Leben lang. BNE befähigt die Menschen ihre Umwelt im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu verändern. Um den Wandel hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft mitzugestalten, muss BNE jedem und jeder Wissen, Kompetenzen, Werte und Einstellungen vermitteln, die dafür nötig sind.

Wir fordern deshalb: **Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Bildungs- und**

Ausbildungsbereichen von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschul- und Erwachsenenbildung einschließlich der beruflichen Bildung sowie in die non-formale Bildung und das informelle Lernen als festen Bestandteil aufzunehmen.

⁹ SDG-Portal. Abrufbar unter: <https://sdg-portal.de/de/>

Globale Verflechtungen reichen mittlerweile in jeden Bereich unseres persönlichen Lebens. Daher ist es besonders wichtig, dass Kinder und Heranwachsende in der Schule und an den Hochschulen frühzeitig lernen, globale Zusammenhänge zu erkennen und zu bewerten. Es gilt kognitive, emotionale und praktische Kompetenzen zu entwickeln und zu stärken, die Menschen befähigen, ihr persönliches sowie gesellschaftliches Leben in einer immer komplexeren Welt zu gestalten. Die gegenwärtige Praxis Nachhaltigkeit als „fächerübergreifendes Grundsatzthema“ zu behandeln, ist punktuell gut gelungen, scheint aber nicht ausreichend, da im Schulalltag regelmäßig die Zeit fehlt, diese Themen mit der notwendigen Tiefe zu behandeln. Wir fordern, die **Verankerung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung und des Globalen Lernens** in allen schulischen Lehrplänen sowie in den Hochschulcurricula. Zusätzlich sollen schulische Angebote mit außerschulischen Partnern ergänzt werden. Entsprechende Indikatoren sind zu entwickeln, um ein regelmäßiges Monitoring zu ermöglichen.



6. Chancengleichheit der Geschlechter

In der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes ist die Chancengleichheit der Geschlechter auf den Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männer reduziert. Eine **ganzheitliche Geschlechtergerechtigkeit** muss über die Binarität jedoch hinausgehen. Zur Schaffung einer dauerhaften Geschlechtergerechtigkeit fordern wir, dass Geschlechtergerechtigkeit als Steuerungsinstrument und Zielsetzung in allen Bereichen eingeführt wird. Dies bedeutet, dass Prozesse diskriminierungs- und gendersensibel sowie transparent gestaltet sein müssen, **Gremien paritätisch besetzt** sowie Ressourcen im Sinne des **Gender Budgetierung** eingesetzt werden. Frauen sind an vielen entscheidenden Stellen wie Führungspositionen und Gremien unterrepräsentiert. Wir fordern, zu prüfen wie **Quoten gegen strukturelle Diskriminierung** eingeführt und weiterentwickelt werden, um struktureller Diskriminierung entgegen zu wirken.¹⁰ Weiterhin sollten konkrete Diskriminierungstatbestände aus Tarifwerken entfernt und diskriminierende Beurteilungskriterien abgeschafft werden.

Aktuell ist mit der Corona-Krise die Gefahr eines Rollbacks bei der gleichberechtigten Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben zu beobachten. Maßnahmen zur Abmilderung der Krise müssen daher sicherstellen, dass Beschäftigungsformen und -verhältnisse von Frauen ausreichend berücksichtigt werden und sie langfristig zur Chancengleichheit beitragen.

Für eine ganzheitliche Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit sollte auf einen konsequenten Gebrauch einer gender- und diversitätssensiblen Sprache geachtet werden, da dieser grundlegend für Gleichstellung ist.

¹⁰ genanet (2004). Positionen zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie aus der Geschlechterperspektive. Abrufbar unter: https://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Infopool_Publikationen/genaS_1_NHS.pdf



7. Gewässerschutz und Wasserwirtschaft gehen Hand in Hand.

Unsere Gewässer gehören zu den vielfältigsten, dynamischsten und komplexesten Lebensräumen der Erde. Ausgestattet mit einer enormen biologischen Vielfalt leisten sie einen unschätzbaren Beitrag zu unserem Alltag (z.B. Trinkwasser, Nahrung) und dienen als Lebens-, Freizeit und Erholungsraum. Gewässer zählen zu den am stärksten bedrohten Lebensräumen. Flussbegradigungen, Querbauwerke, zivilisationsbedingte Schadstoffeinträge haben zu einem gravierenden Biodiversitätsverlust geführt, der auch unsere Lebensgrundlagen und -qualität bedroht.

Wir fordern eine ganzheitliche Betrachtung unserer Gewässersysteme und damit eine Wasserwirtschaft, die ihren Namen verdient hat. Das bedeutet, der **natürliche Wasserrückhalt in der Fläche** muss verstärkt werden. Tiefe Entwässerungsgräben und Drainagen müssen auf das notwendige Minimum zurückgebaut werden. Der Rückhalt in der Fläche minimiert Hochwasserereignisse und sorgt in niederschlagsarmen Zeiten für die Wasserverfügbarkeit für Wälder und Landwirtschaftsflächen, die vom Grundwasser abhängigen Fließgewässer werden im Sommer besser versorgt.

Nitratgrenzwerte des Grundwassers sind einzuhalten, Gülleeinträge entsprechend zu minimieren. Durch das Halten des Grundwassers in der Fläche werden Nitratkonzentrationen natürlicherweise im Boden abgebaut. So wird der Nitratreintrag in die Oberflächengewässer minimiert und die **Versorgung** mit gutem **Trinkwasser** gestärkt. Gleiches gilt für weitere Nährstoffe wie Phosphor. Stickstoff und Phosphor sind essentiell für das Pflanzenwachstum. In den Gewässern führen die hohen Konzentrationen zur Überdüngung und damit zu Algenmassenentwicklungen und zum Biodiversitätsverlust. Diese Stoffe sind in der Landwirtschaft oft Mangelware. Die Minimierung der Entwässerung kombiniert mit **einer veränderten Güllewirtschaft – Mist statt Flüssiggülle** – sorgt für eine Nährstoffversorgung auf dem Acker und verhindert zusätzlich Einträge ins Grundwasser.

Wir fordern weiterhin, den **Fließgewässern mehr Platz** zu geben. Die Eindeichung der Flüsse verhindert die Grundwasserneubildung. Moderner Hochwasserschutz bedeutet, die **Schutzgüter** wie Siedlungen und Industriestandorte **müssen eingedeicht werden, nicht die Flüsse**.

Im Juni 2021 beginnt der nächste Bewirtschaftungszeitraum auf Grundlage der Wasserrahmenrichtlinie. In den vergangenen 20 Jahren hat Sachsen-Anhalt nur etwa 5% der Fließgewässer in den guten ökologischen Zustand versetzt. **Wir fordern eine konsequente Umsetzung** bis zum Ende der Laufzeit **der Wasserrahmenrichtlinie 2027**. Gerade unsere Fließgewässer sind natürlicherweise Wanderkorridore für aquatische und terrestrische Arten, sie müssen wieder in die Lage versetzt werden, eine **Grüne Infrastruktur** zu bilden. Sie ist mindestens so wichtig, wie die technische Infrastruktur und muss mit der gleichen Motivation vorangetrieben werden. Diese Grüne Infrastruktur muss sich auch an den Gewässerrändern widerspiegeln. **Bepflanzte Gewässerrandstreifen mit einer Breite von mindestens 10 m** bieten Schutz vor Einträgen und beschatten die Gewässer, vor allem in heißen Sommern.



8. Agenda 2030 – Leitlinie für wirtschaftliches Handeln des Landes

Die Agenda 2030 mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) zielt darauf ab, soziale Ungleichheiten zu reduzieren, sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb einer Gesellschaft. Ob IT-Hardware, Naturstein oder Textilien: Unternehmen vieler Branchen lagern ihre Produktion in Länder mit niedrigen Sozial- und Umweltstandards aus, um dadurch einen finanziellen Wettbewerbsvorteil zu erzielen. Systematische Verstöße gegen internationale ökologische und arbeitsrechtliche Mindeststandards, wie die ILO-Kernarbeitsnormen, Formen moderner Sklaverei, insbesondere die weitverbreitete Praxis der Schuldknechtschaft können weder durch individuelle Kaufentscheidungen der Verbraucher/innen, noch durch freiwillige Unternehmensinitiativen wirkungsvoll verhindert werden. Das geht aus dem zweiten Zwischenbericht der Bundesregierung zum Umsetzungsstand der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht der großen deutschen Unternehmen hervor. Nicht einmal ein Fünftel der befragten Unternehmen haben die Vorgaben des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte erfüllt.¹¹ Wir begrüßen daher, dass nun auch in Deutschland die Einführung eines Lieferkettengesetzes geplant ist. Mittelständische Unternehmen werden allerdings von der Umsetzung der Sorgfaltspflichten befreit bleiben¹².

Wir fordern eine **konsequent nachhaltige Beschaffung** des Landes. Bei Ausschreibungen sollte das Vergabetool Kompass-Nachhaltigkeit¹³ der öffentlichen Hand eingesetzt werden, damit die zahlreichen Firmen, die sich bereits aktiv für eine Verbesserung von Sozial- und Umweltstandards einsetzen nicht mehr benachteiligt werden. Die öffentliche Hand soll ihre Marktkraft einsetzen und bei Ausschreibungen unabhängige, glaubwürdige und vergleichbare Nachweise zur Einhaltung ökologischer und arbeitsrechtlicher Mindeststandards für Produkte fordern. Mit Hilfe des Kompass-Nachhaltigkeit können die Glaubwürdigkeit und Vergleichbarkeit von Nachhaltigkeitsnachweisen bewertet werden.

Wir fordern, dass alle Unternehmen mit Landesbeteiligung **mit gutem Vorbild vorangehen** und unabhängig von einem Lieferkettengesetz die Anforderungen der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte umsetzen. Dazu müssen sie insbesondere ihre Menschenrechtsbilanz analysieren, veröffentlichen und ggf. Gegenmaßnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen ergreifen.

Außerdem fordern wir, dass sich die neue Landesregierung auf Bundesebene für ein **ambitioniertes Lieferkettengesetz** einsetzt. Von besonderer Bedeutung ist insbesondere eine zivilrechtliche Haftung bei Menschenrechtsverletzungen sowie die Ausdehnung der Sorgfaltspflichten auf die gesamte Lieferkette, nicht nur auf direkte Zulieferer.

¹¹ Monitoring des Umsetzungsstandes der im Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte 2016-2020 beschriebenen menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht von Unternehmen, S. IV.

¹² KMUs sind von der Regelung ausgeschlossen, nur Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sind davon betroffen. BMZ: <https://www.bmz.de/de/themen/lieferketten/index.html>, zuletzt aufgerufen am 25.2.2021

¹³ Kompass Nachhaltigkeit. Abrufbar unter: <https://www.kompass-nachhaltigkeit.de/>

Wir begrüßen das Ziel, die **Kreislaufwirtschaft** zu erhöhen, um zur Schonung der natürlichen Ressourcen beizutragen! Jedoch bedarf es neben der Umsetzung der Abfallhierarchie (Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallbeseitigung)¹⁴ weiterer Maßnahmen. Beispielsweise könnten Anreize für eine Cradle-to-Cradle Zertifizierung gesetzt werden, um biologische Kreisläufe und technische Kreisläufe aufzubauen. Wir fordern weiter einen entsprechenden Indikator, der die Fortschritte des Aufbaus einer Kreislaufwirtschaft abbildet. Um eine Kreislaufwirtschaft wirksam zu machen, müssen deren Ziele mit anderen Politikbereichen verschränkt werden.¹⁵



9. Treibhausgasneutralität mit ambitionierten Zwischenschritten und Anpassung an Klimaänderungen weiterentwickeln

Der Klimawandel schreitet dramatisch voran. Jüngste klimatische Entwicklungen und ihre verheerenden Folgen auf Umwelt und alle Lebensbereiche sind alarmierend. Entscheidungsträger*innen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen dazu beitragen, das Klimaschutz-Übereinkommen von Paris (ÜvP) zügig und wirksam umzusetzen. Das Klimaschutz- und Energiekonzept¹⁶ der Landesregierung aus dem Jahr 2019 ist in dieser Hinsicht ein erster, notwendiger, aber nicht hinreichender Schritt. Am Anfang der neuen Dekade, inmitten der Corona-Pandemie, ist der Zeitpunkt gekommen, das nur noch kurz offen stehende Zeitfenster zu nutzen, zügig notwendige Schritte für eine paris-konforme Transformation unserer Wirtschafts- und Lebensweise einzuleiten und umzusetzen.

Energie und Klimapolitik sind eng miteinander verbunden. Wir fordern, die sofortige und ambitionierte **Weiterentwicklung des Klimaschutz- und Energiekonzepts** und der Landesstrategie für Klimafolgenanpassung. Die Landesregierung muss dabei neueste Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung aufgreifen (z.B. der im Herbst 2021 veröffentlichte 6. Sachstandbericht des IPCC¹⁷) und diese in effektive Maßnahmenpakete einbinden. Hier ist eine Abstimmung mit benachbarten Bundesländern und dem Bund unerlässlich.

Prioritär orientiert sich Klimaschutz an der Vermeidung von CO₂-Emissionen, vornehmlich aus der Verbrennung von fossilen Energieträgern. Wir unterstützen den **Ausbau von Erneuerbaren Energieträgern** unter Einhaltung strenger Nachhaltigkeitskriterien und die Steigerung der Energieeffizienz in allen Wirtschaftsbereichen. Ausbaupfade und Netz-Integration erneuerbarer Energieträger müssen frühzeitig und ambitioniert adressiert werden. Bei der Bepreisung von CO₂-Emissionen müssen soziale Härten angemessen kompensiert werden. Partikularinteressen müssen einem gemeinwohl-orientierten Verständnis weichen.

¹⁴ Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt (2018), S. 86ff.

¹⁵ S. dazu die Anmerkungen des Umweltbundesamtes (UBA) am neuen Aktionsplan der Kreislaufwirtschaft des EU-Parlaments: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/uba-begruesst-eu-aktionsplan-fuer-die>

¹⁶ Klima- und Energiekonzept Sachsen-Anhalt (2019).

¹⁷ Intergovernmental Panel on Climate Change, UN-Weltklimarat

Daneben fordern wir, dass die **Wasserstoffstrategie** des Landes Sachsen-Anhalt vorangetrieben wird. Die Energiespeicherung in grünem Wasserstoff, als ein wichtiger Baustein der Energiewende, ist die Zukunft in Sachsen-Anhalt, wo schon heute bei Sonnenschein oder Wind mehr elektrischer Strom erzeugt wird, als genutzt werden kann.

Elektromobilität ist ein zentraler Baustein der Verkehrs- und Energiewende. Landesweit sind positive Effekte vor allem im Schienenverkehr zu erwarten. Wir fordern, dass die Straßenbahnnetze ausgebaut, stillgelegte Zugstrecken und Haltepunkte wiederbelebt werden. Menschen im ländlichen Raum müssen die Möglichkeit haben, aus jedem Dorf mit maximal einem Umstieg mit öffentlichem Verkehr in die Landeshauptstadt zu kommen. Der Modal Split¹⁸ muss sich verändern zu mehr ÖPNV, Rad- und Fußverkehr und weniger motorisiertem Individualverkehr.

Darüber hinaus fordern wir ein **Klimaschutzgesetz für Sachsen-Anhalt** mit ambitionierteren Zwischenzielen für die nächsten beiden Dekaden hin zur Treibhausgasneutralität (Balance zwischen Emissionen und Einbindung von Klimagasen) spätestens in 2050. Darin müssen auch zeitlich ambitioniertere Ziele für landeseigene Einrichtungen (z.B. klimaneutrale Landesverwaltung) konkretisiert und darüber hinaus Vorgaben für kommunale Belange (z.B. Energieberichterstattung, Wärmeplanung) gefasst werden. Das Klimaschutzgesetz dient als Orientierung für künftige landespolitische Entscheidungen, Programme und Initiativen und deren Überprüfung. Die Anpassung der Kommunalverfassung ist zu prüfen. Damit sollen die Vorreiterrolle der Landesregierung gestärkt und lokale Klimaschutzaktivitäten wirksam ausgeweitet werden. Entsprechende Indikatoren und Berichts- und Überprüfungssysteme (Monitoring) sind in das Gesetz aufzunehmen.

Wir fordern, dass alle öffentlichen Einrichtungen nicht nur Vorbildfunktion haben, sondern prozentual auf die Bereiche im Bundes-Klimaschutzgesetz verpflichtet werden, ihr CO₂-Emissionen zu senken und/ oder zu kompensieren.

Mit einer übergreifenden Perspektive fordern wir außerdem **mehr Transparenz bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen**, um die gesellschaftliche Akzeptanz von Klimapolitik zu festigen und zu erweitern. Der Sachstandbericht zur Umsetzung, zur Arbeit des wissenschaftlichen Beirates sowie zum Monitoring des Klima- und Energiekonzeptes Sachsen-Anhalt (KEK) muss öffentlich zugänglich sein.

Die extremen Hitze- und Dürrejahre 2018 und 2019 haben eindrücklich gezeigt, in welchem Ausmaß Klimaänderungen und Witterungsextreme unsere Infrastrukturen an den Rand des Belastbaren führen. Wir fordern, umgehend Vulnerabilität und Resilienz von Infrastrukturen sowie Einrichtungen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens gegenüber Klimaänderungen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen und entsprechende Handlungsbedarfe zu identifizieren. Zur Entlastung kommunaler Haushalte muss die Landesregierung das STARK-III-Programm mit einem bedarfsgerechten Sofort-Programm erneuern, um insbesondere Betreuungs- und Bildungseinrichtungen im Land zu modernisieren.

¹⁸ Als Modal Split wird die Verteilung des Verkehrs auf die verschiedenen Verkehrsträger oder -arten bezeichnet.



10. Nachhaltige Städte und Siedlungen

Nachhaltigkeitsziele wie der Erhalt der Biodiversität, Energiewende, Klimaschutz und nachhaltige Mobilität oder soziale Gerechtigkeit und Integration sind nur mit den Kommunen zu erreichen. Kommunen können auf vielfältige Weise zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen, etwa durch dezentrale Energiesysteme, energetische Gebäudesanierung, nachhaltige Flächennutzung und Flächenrecycling, die Förderung nachhaltigen Konsums, Gestaltung lokaler Mobilität, die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und gemeinschaftliche, regionale Nahrungsmittelproduktion oder Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. In der Kommune ist es möglich, Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, lokale Lösungen zu finden und Akzeptanz zu erzeugen.

Wir fordern, dass das Land Kommunen in dieser Rolle stärkt und prüft, wie kommunale Handlungsspielräume vergrößert und Rahmenbedingungen verbessert werden können. **Nachhaltigkeit muss als Pflichtaufgabe von Kommunen** implementiert werden.

Wie können partizipative Prozesse so gestaltet werden, dass Initiativen der Zivilgesellschaft für eine nachhaltige Entwicklung und Gemeinwohl bestmöglich wirksam werden?

Wir fordern, dass **Förder- und Konjunkturprogramme des Landes für Kommunen** so gestaltet sind, dass sie kommunale Beiträge zu den Nachhaltigkeitszielen und Resilienz unterstützen.

Wir fordern, dass das Land in seiner **Vorbildfunktion** vorangeht und die eigene Verwaltungstätigkeit auf Klimaneutralität und Nachhaltigkeit überprüft und mit den Kommunen in den Austausch zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Kommune tritt. Kommunen müssen bei der Erarbeitung und insbesondere bei der Umsetzung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien unterstützt und gefördert werden.

Stadtplanung ist durch das Wachsen der Peripherie von größeren Städten und der Anbindung dieser an die Versorgung zunehmend herausgefordert. Eigenheimsiedlungen haben einen unverhältnismäßig hohen Flächenverbrauch, Flächen, die zum Erhalt der Biodiversität und der Versorgung und Erholung der Menschen zur Verfügung stehen müssen. Wir fordern, dass das **Wachsen der Städte in der Peripherie** beendet wird.

Kommunale Bautätigkeit geht mit Flächenversiegelung einher. Um die gestellten Ziele in Bezug auf eine Flächenreduzierung pro ha je Tag bis 2030 zu erreichen, fordern wir die **Revitalisierung von kommunalen Brachflächen** zu fördern

Der Bausektor in Sachsen-Anhalt sollte nur Förderungen erhalten, wenn die Energiebilanz über den Lebenszyklus der Bauten positiv ist. Sämtliche **Baustoffe** müssen **recyclbar** sein, bauen mit Verbundstoffen und unklaren Entsorgungslösungen muss beendet werden.

In den Städten solle eine **grüne Infrastruktur** entstehen. Jeder Weg, jede Straße soll begrünt werden. Niederschlagswasser soll versickern können und das Kleinklima verbessert werden, sodass die Verdunstung die Städte auch im Hochsommer lebenswert macht. Der Indikator „Nachhaltigkeit bei

Sportstätten“¹⁹ allein ist nicht geeignet, um eine Bewertung der Zielerreichung vorzunehmen. Es fehlt u.a. ein Indikator, um die Deckung des Wärmebedarfs aus erneuerbaren Energien bewerten zu können.

Doch moderne und nachhaltige Stadt- und Raumplanung ist mehr als Klimaneutralität. Ein besonders wichtiger Faktor, insbesondere in den Großstädten des Landes, ist die **Bereitstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum** für alle.



11. Die Lebensqualität steigt mit der Biodiversität

Ungeachtet einiger Fortschritte und Teilerfolge, konnte der deutlich nachweisbare Rückgang der Arten und ihrer Lebensräume auch in Sachsen-Anhalt bisher nicht zufriedenstellend gestoppt werden. Bei allen Insekten, zu denen Daten erhoben wurden, werden im Durchschnitt 40-50 Prozent der Arten als gefährdet in den Roten Listen geführt. Wir fordern, dass weitere Maßnahmen ergriffen werden, um die Biodiversität zu erhöhen und Indikatoren, welche die Entwicklung der Biodiversität widerspiegeln (siehe SDG 2).

Wir fordern für das Nachhaltigkeitsmonitoring die Ergänzung eines Indikators, um bewerten zu können, ob die langfristig geplante Erhöhung des Waldanteils auf 27 Prozent der Landesfläche erreicht wird. Der Umbau der Monokulturforsten zu naturnahen Wäldern bedingt den Willen einer nachhaltigen Waldwirtschaft. **Die Landesforstbetriebe werden zu ökologischen Waldbaubetrieben** umgewandelt.

Eine **grüne Infrastruktur** an den Gewässern, entlang von Ackerrändern und durch die gezielte Pflanzung von Wanderungskorridoren **verbindet verschiedenste Biotope. Straßensanierungen und unumgänglicher Straßenneubau** werden immer von **Maßnahmen zur gefahrlosen Querung für wandernde Tiere** flankiert.

Wir fordern eine massive **Unterstützung der Landwirtschaft**, das Insektenschutzgesetz der Bundesregierung ohne finanzielle Einbußen umzusetzen. Eine auskömmliche Landwirtschaft schafft Akzeptanz, die Biodiversität und Masse von Insekten zu fördern. Insekten sind gleichzeitig mit ihrer Bestäubungsleistung essentiell für die Erträge auf dem Acker und im Obstbau, gleichzeitig erhöht sich die Zahl der Vögel und Vogelarten. Artenreiches Grünland und Ackerrandstreifen bieten Schutz für Kleinsäuger und Bodenbrüter.

Zu guter Letzt sehen wir in einer **struktureichen Landschaft** auch eine **wichtige Grundlage für hochwertige Naherholungs- und Tourismusgebiete**. Gerade die aktuelle Pandemiesituation macht die Notwendigkeit solcher Gebiete in Sachsen-Anhalt deutlich und muss als nachhaltiger Wirtschaftsfaktor anerkannt werden.

¹⁹ Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt (2018), S. 85.

12. Zivilgesellschaftliches Engagement

Zivilgesellschaftliches Engagement ist eine der tragenden Säulen unserer Gesellschaft. Ob Sportverein, Katastrophenschutz oder Weltladen: ohne ehrenamtliches Engagement verschwindet ein großer Teil des öffentlichen Lebens. Dieses **Engagement erfordert verlässliche Strukturen**, um in der notwendigen Breite existieren zu können. Hierfür ist eine Förderung der Landesregierung unerlässlich. Wir fordern **bessere Rahmenbedingungen, wie finanzielle Unterstützung und Beratung, für zivilgesellschaftliches Engagement**.

13. Landeshaushalt

Landeshaushalt: **Haushaltsverfahren und Förderprogramme** sollten auf Nachhaltigkeitseffekte hin überprüft werden. Um Synergien zu erkennen und Zielkonflikte benennen zu können, bedarf es einer integrierten Betrachtung von Herausforderungen.

Im Namen des Bündnisses
Frank Ernst (kommissarischer Sprecher)
T 0391/5433861
buensa@kosa21.de

25.05.2021

